

Resolution der Studierendenversammlung der Universität zu Köln am 19. April 2007

Vor 36 Jahren ist in der Bundesrepublik Deutschland die Gebührenfreiheit des Studiums durch die Studierendenbewegung erkämpft worden. Damit positiv verbunden ist die soziale Öffnung, die Teildemokratisierung und der kritische Gesellschaftsbezug der Hochschulen. Eine emanzipatorische Bildung und Wissenschaft ist an der Entwicklung mündiger Menschen mit kritischer gesellschaftlicher Verantwortung orientiert. Sie ist mehr denn je erforderlich und hat die soziale Unbedrängtheit der Bildungssubjekte und die vollkommene soziale Durchlässigkeit des gesamten Bildungssystems zur Voraussetzung. Notwendig ist daher: Kostenlose Bildung für alle, von der Krippe bis zur Erwachsenenbildung!

Die Nordrhein-Westfälische Landesregierung sowie Lobbyisten aus der privaten Wirtschaft forcieren mit der Einführung von Studiengebühren die Privatisierung der Bildungskosten. Der Staat soll sich zunehmend aus der Finanzierung der Hochschulen zurückziehen. Mit Studiengebühren sind die Unterfinanzierungsprobleme der Universitäten daher nicht zu lösen: Diesen liegt eine staatliche „Sparpolitik“ zu Grunde (Einsparungen im sozialen Bereich bei Senkung von Reichen- und Unternehmenssteuern), die sich weiter verschärfen wird, wenn man ihr und ihren Nutznießern keinen Riegel vorschiebt.

Durch die Kommerzialisierung der Hochschulen soll zusätzlich ein restriktives Bildungsverständnis durchgesetzt werden, das sich auf die Produktion wirtschaftlich verwertbaren Humankapitals reduzieren soll. Diese Politik verhindert eine umfassende, humane und emanzipatorische Bildung und bedeutet einen gesellschaftlichen Rückschritt, den wir nicht hinnehmen werden.

Mit einem Boykott der Studiengebühren werden wir die Kommerzialisierung der Bildungseinrichtungen und das durch die Gebühren forcierte Einzelkämpfertum solidarisch bekämpfen und rufen hiermit auf:

- alle Studierenden, sich für die Gebührenfreiheit zu engagieren und sich am Boykott zu beteiligen.
- den AStA, den Boykott zu fördern und die Aufklärungsarbeit durch Vervielfältigung von Plakaten und Flugblättern finanziell zu ermöglichen.
- die Fachschaften, vor Ort die Bildung von Arbeitsgruppen für den Boykott zu unterstützen sowie eine universitätsweite Fachschaftskonferenz zum Studiengebührenboykott einzuberufen.
- die Universitätsleitung, dem gesellschaftlich erforderlichen, politischen Kampf für ein sozial geöffnetes, demokratisches und emanzipatorisches Hochschulwesen keine Steine in den Weg zu legen und ein polizei- und repressionsfreies Hochschulgelände zu gewährleisten.
- alle Hochschulmitglieder, diese Resolution zu unterstützen und zu verbreiten.